BFS Service GmbH

Bank für Sozialwirtschaft

Trendbarometer Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Köln, Oktober 2022

Die Bank für Wesentliches

© Bank für Sozialwirtschaft AG |

Hintergrund und Vorgehen

Für zahlreiche Organisationen und Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft sind die aktuellen Rahmenbedingungen mit großen wirtschaftlichen Herausforderungen verbunden. Stark steigenden Sach- und Personalkosten der Leistungserbringung stehen regulierte Vergütungen und eine begrenzte Zahlungsfähigkeit der Leistungsempfänger*innen gegenüber. Dies belastet die Ertragslage und Liquidität sowie die Investitionsfähigkeit und Innovationskraft der Einrichtungen und Dienste. Die Politik reagiert bislang unzureichend auf die Entwicklungen.

Mit dem „Trendbarometer Sozial- und Gesundheitswirtschaft“ möchten die Bank für Sozialwirtschaft und die BFS Service GmbH das Ausmaß der Herausforderungen und den Handlungsbedarf in zentralen Leistungsfeldern transparent machen.

Mittels eines Erhebungsbogens wurden ausgewählte Branchenexpert*innen strukturiert und anonym zur Geschäftslage ihrer Organisation sowie zu ihren Erwartungen für die kommenden Monate befragt. Flankiert wurde die Online-Umfrage von Experteninterviews mit ausgewählten Unternehmensvertreter*innen.

Rahmen des Trendbarometers Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Ziel der Umfrage und Zielgruppen

- **Ziel:** Abbilden der wirtschaftlichen Auswirkungen der Energiekrise und der Inflation, um die mittelfristigen Konsequenzen quantitativ und qualitativ zu erfassen und daraus Impulse für betriebliche, verbandliche und politische Weichenstellungen abzuleiten

- **Zielgruppe:** Freigemeinnützige, privat-gewerbliche und öffentliche Einrichtungen und Organisationen mit überwiegend mehr als 250 Mitarbeitenden aus folgenden Leistungsbereichen:
  - Stationäre Pflege
  - Ambulante Pflege
  - Eingliederungshilfe
  - Vorsorge- und Rehabilitation
  - Krankenhaus

Zeitraum

- 16. September 2022 bis 6. Oktober 2022

Teilnehmer*innen

- Rund 30 ausgewählte Branchenexpert*innen aus sozialen Organisationen und Unternehmen mit insgesamt über 1.000 Einrichtungen in den vorgenannten Leistungsfeldern der Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Kernergebnisse

- Energiekrise und Inflation führen zu einer drastischen Verschlechterung der Wirtschaftlichkeit.
  Fast 40 Prozent der Befragten gehen aktuell davon aus, das Jahr 2022 mit einem Defizit abzuschließen.
  Gegenüber 2019 wäre dies eine Vervierfachung des Anteils defizitärer Unternehmen.
- Rund drei Viertel verzeichnen eine Verschlechterung ihrer Liquidität – z. T. in einem erheblichen Umfang von über 30 Prozent.
- 50 Prozent sehen sich derzeit gezwungen, Investitionsvorhaben in Immobilien und Nachhaltigkeit zu stoppen.
- Rund 30 Prozent der Befragten berichten von einem rückläufigen Interesse von Investoren.
- Energie, Lebensmittel und Personal sind die Kostenblöcke, in denen sich bereits massive Steigerungen realisiert haben und für die bis zum Jahresende weitere Anstiege erwartet werden.
- In keinem Geschäftsfeld zeigen sich die Kostenträger bereit, die gestiegenen Aufwendungen vollumfänglich zu kompensieren.
- Bei den Befragten ist der Bedarf an Betriebsmittelfinanzierung gestiegen. Zudem wurde die Suche nach geeigneten Fonds, Genossenschaftsmodellen oder passenden Investoren intensiviert.
- Circa 50 Prozent der Befragten schätzen ihre künftige wirtschaftliche Situation als angespannt ein.
- Zur Aufrechterhaltung der flächendeckenden Versorgungssicherheit fordern die Befragten einen zielgerechten Ausgleich der gegenwärtigen Mehrkosten.

Anhang

Ergebnisse (1)

70 Prozent der Befragten berichten über eine deutliche Verschlechterung der Liquidität; 40 Prozent erwarten für 2022 ein Jahresdefizit.

Geschäftsfeldübergreifend stehen die Organisationen und Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft vor der Herausforderung eines hohen Kostendrucks v. a. in den Bereichen Energie, Personal und Lebensmittel. Bis zum Jahresende werden weitere Preissteigerungen erwartet. Insbesondere die Entwicklung der Energiekosten wird als kritisch betrachtet.

Anders als in den meisten anderen Dienstleistungsbranchen ist eine zügige Anpassung der eigenen Preise zum Abfedern negativer wirtschaftlicher Folgen nicht möglich.

In keinem Geschäftsfeld zeigen sich die Kostenträger bereit, die gestiegenen Kosten vollumfänglich zu kompensieren. 71 Prozent der Befragten aus der ambulanten Pflege, 67 Prozent aus der Eingliederungshilfe, 50 Prozent aus der stationären Pflege und 25 Prozent aus der Vorsorge- und Rehabilitation geben jeweils an, dass die Kostenträger gar keine Bereitschaft zeigen, diesbezüglich zu verhandeln. Im Krankenhauswesen sind die Kostenträger teilweise dazu bereit.

Infolgedessen berichten über 70 Prozent der Befragten von einer Verschlechterung der Liquiditätssituation. Davon beziffert ca. ein Drittel die Verringerung der Liquidität auf 11 bis 30 Prozent, ein Zehntel sogar auf über 30 Prozent.

Fast 40 Prozent der Befragten gehen davon aus, im Jahr 2022 ein Jahresdefizit zu erwirtschaften. Vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019 betraf dies nur ca. 11 Prozent.

Ergebnisse (2)

Die Hälfte der Befragten sieht sich zum Stopp von Immobilien- und Nachhaltigkeitsinvestitionen gezwungen.

Durch die angespannte wirtschaftliche Lage mussten bereits dringend notwendige Investitionsvorhaben gestoppt werden. 50 Prozent der Befragten berichten, dass auch Projekte aus dem Immobilienbereich davon betroffen sind. Dies wiederum verhindert notwendige energetische Sanierungen von Bestandsbauten. Dadurch können geforderte Energiesparziele nicht oder nur eingeschränkt realisiert werden. Ebenso betroffen sind Investitionen in die Nachhaltigkeit der Leistungserbringung sowie in die Weiterentwicklung der Geschäftsmodelle.

Weitere Folgen des Investitionsstaus sind eine steigende Unzufriedenheit bei Mitarbeitenden und Führungskräften, eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit sowie fortbestehende Ineffizienzen aufgrund eines unzureichenden Fortschritts bei der Digitalisierung.

Die Befragten nehmen bereits Änderungen im Verhalten der Mittelgeber war. Circa 85 Prozent geben an, dass Banken mehr Informationen zur wirtschaftlichen Situation einfordern; 71 Prozent berichten, dass Banken mehr Sicherheiten verlangen. Ferner sehen sich 30 Prozent mit einem rückläufigen Interesse von Investoren konfrontiert.

Die aktuellen Rahmenbedingungen haben Einfluss auf die Finanzierungsstrategien der Befragten. In der Eingliederungshilfe wird genannt, dass die Suche nach geeigneten Fonds, Genossenschaftsmodellen oder passenden Investoren intensiviert wird. Seitens der stationären Pflege wird berichtet, dass der Bedarf an Betriebsmittelfinanzierung gestiegen ist.

Darüber hinaus schmälerten die zahlreichen Herausforderungen die Einnahmeseite der befragten Organisationen und Unternehmen. Insgesamt komme es zu einem drastischen Abschmelzen des Eigenkapitals und einer Gefährdung der Kreditwürdigkeit.

Ergebnisse (3)

Circa 50 Prozent der Befragten schätzen die zukünftige wirtschaftliche Situation als angespannt ein.

Die zukünftige wirtschaftliche Situation des Gesamtunternehmens schätzen fast 50 Prozent der Befragten als angespannt ein. 21 Prozent bewerten die künftige Situation als gut. Hierin spiegelt sich das Vertrauen auf Unterstützung durch die Politik wider.

Entsprechend den Ergebnissen aus den Experteninterviews ist die Politik gefordert, die Organisationen und Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft bei der Bewältigung der inflationsbedingten Herausforderungen zu unterstützen. Geschäftsfeldübergreifend wird der Wunsch nach (Hilfs-) Maßnahmen geäußert, z. B.

- ein zielgerechter Ausgleich der Mehrkosten für Energie,
- eine Beschleunigung der Budgetverhandlungen in Krankenhäusern sowie
- eine kurzfristige Anpassungen der Pflegesätze

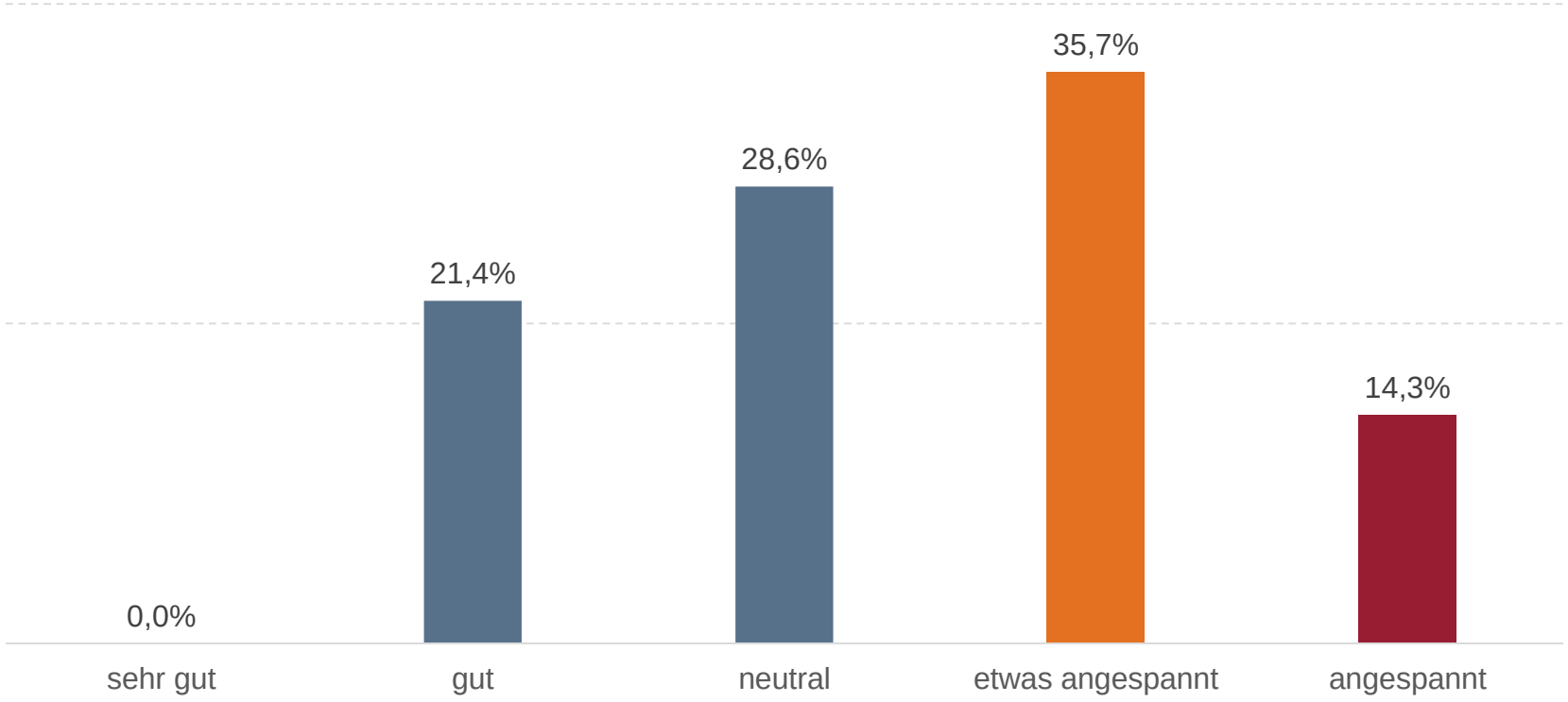
Dabei sollten unbedingt alle relevanten Geschäftsfelder – so auch die ambulante vertragsärztliche Versorgung/ MVZ – in die Ausgestaltung der Hilfsmaßnahmen einbezogen werden.

Alle Interviewpartner fordern Hilfsmaßnahmen, um der großen Verantwortung der sozialen Organisationen und Unternehmen bei der Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung gerecht zu werden. Gleichzeitig ist den befragten Experten bewusst, dass es vor dem Hintergrund der hohen Belastung der Kostenträger bei Hilfsmaßnahmen nicht um einen Ausgleich von wirtschaftlichen Fehlentscheidungen gehen darf.

Derzeit sei die Versorgung der Klient*innen/ Patient*innen/ Bewohner*innen noch sichergestellt. Infolge der wirtschaftlichen Belastungen sei aber nicht auszuschließen, dass es zukünftig zur Schließung von Einrichtungen kommen kann. Die Inflation dürfe nicht als Mittel gebilligt werden, um eine Strukturbereinigung (z. B. in der Krankenhausbranche) voranzutreiben.

Welche Prognose haben Sie für die zukünftige wirtschaftliche Situation des Gesamtunternehmens?

Fast 50 Prozent der Befragten schätzen die zukünftige wirtschaftliche Situation als etwas angespannt/ angespannt ein.

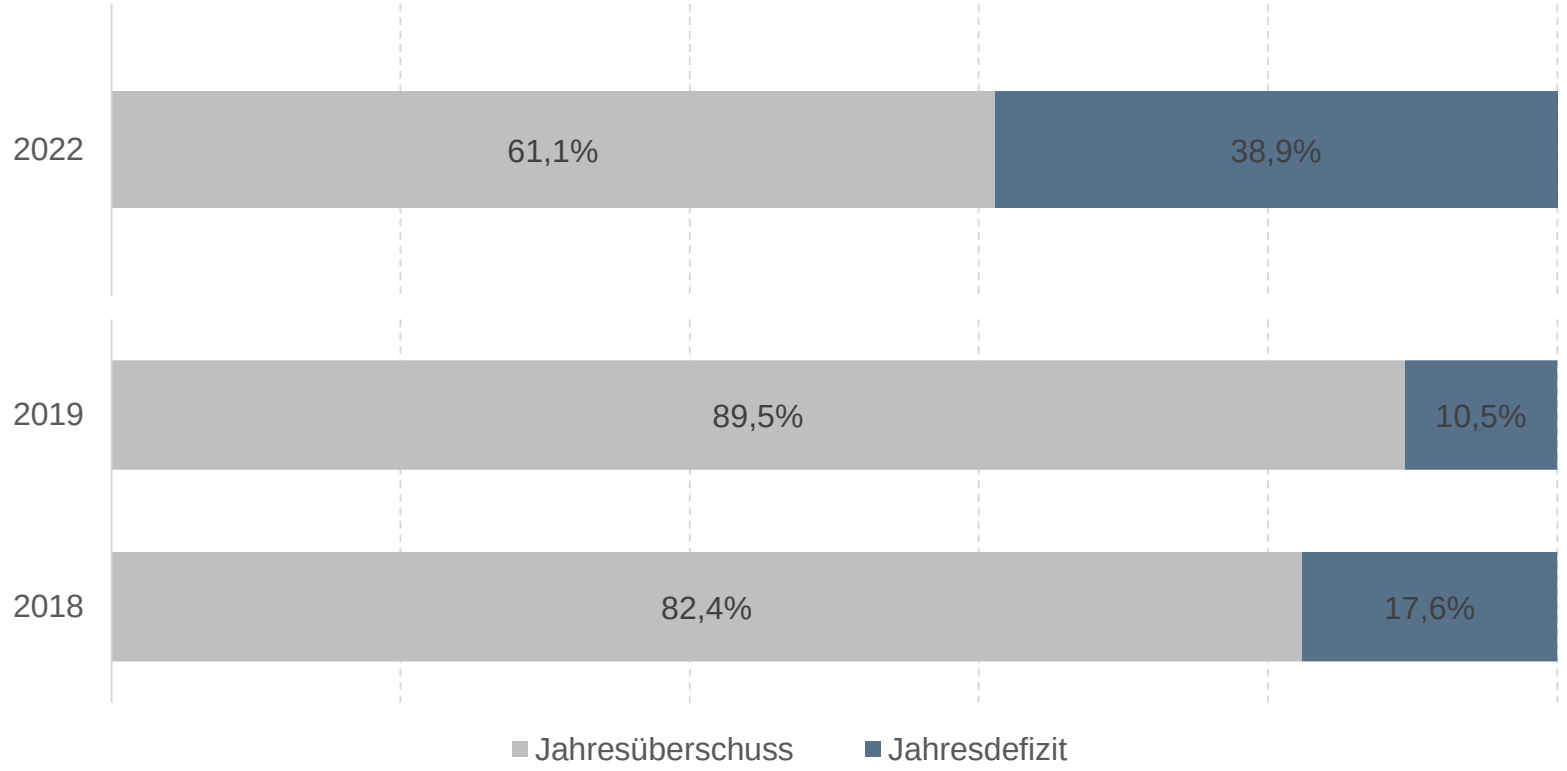


Größte Herausforderungen für die wirtschaftliche Situation aus Sicht der Befragten

Die größten Herausforderungen stellen die Bewältigung der steigenden Energie-, Sach-, und Lebensmittelkosten sowie die Personalgewinnung und -bindung dar.

Erwartung Jahresergebnis für 2022 im Vergleich zu den Jahren 2018 und 2019

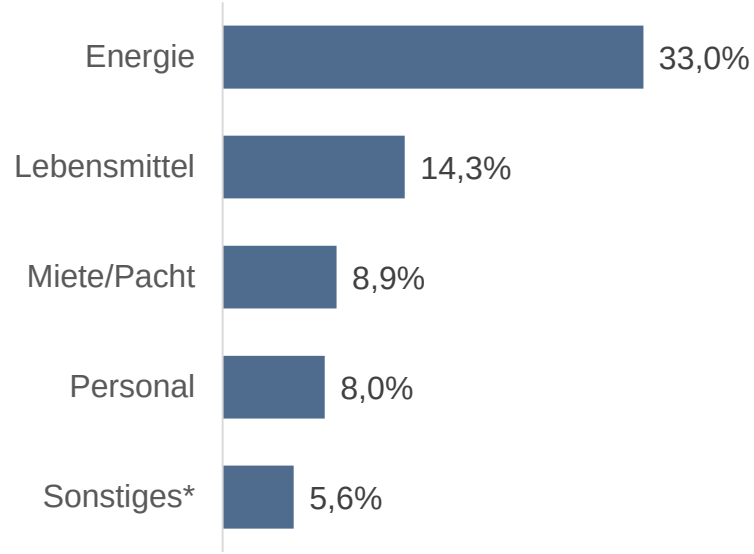
Im Vergleich der Jahre 2019 und 2022 hat sich der Anteil der Befragten, die ein Jahresdefizit erwirtschaftet haben bzw. es erwarten, fast vervierfacht.



Realisierte Kostensteigerungen bis September 2022 im Vergleich zum Vorjahr und Erwartung zum Jahresende

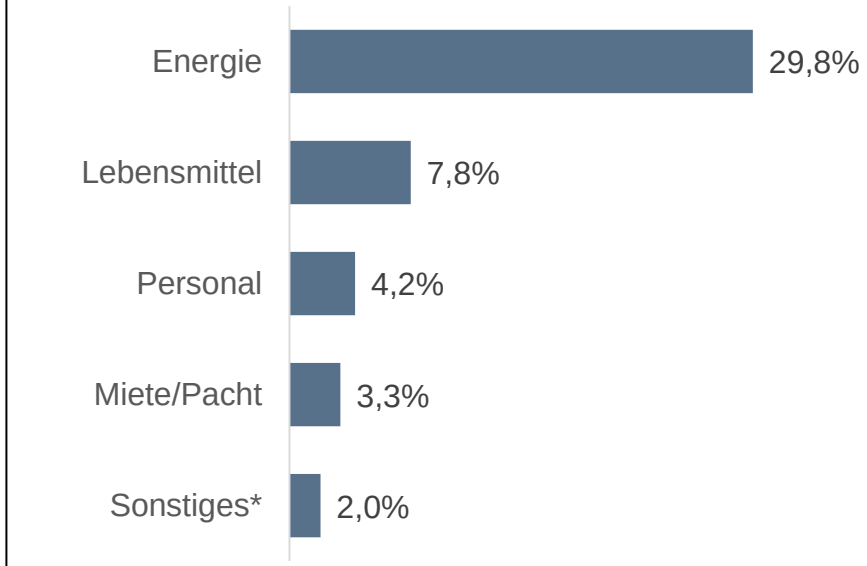
Energie, Lebensmittel und Personal sind die Kostenblöcke, in denen sich bereits massive Steigerungen realisiert haben und in denen bis zum Jahresende weitere Kostensteigerungen erwartet werden.

Haben sich verglichen mit 2021 bereits Kosten-steigerungen eingestellt?



Steigerung um... (Mittelwert)

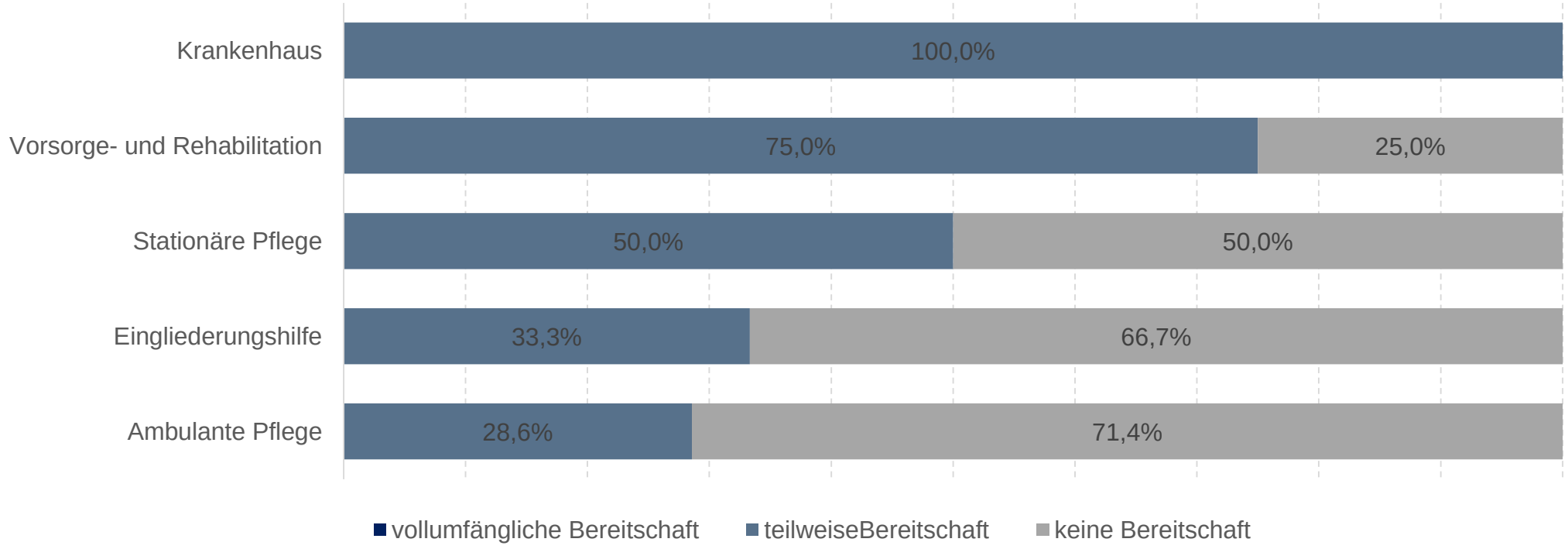
Erwarten Sie weitere Kostensteigerungen bis zum Jahresende?



* z. B. (Pflege-) Verbrauchsmaterialen (Inkontinenzprodukte, Verbandmaterial, Pflaster, Handschuhe), Medikamente, Rehabilitationshilfen etc.

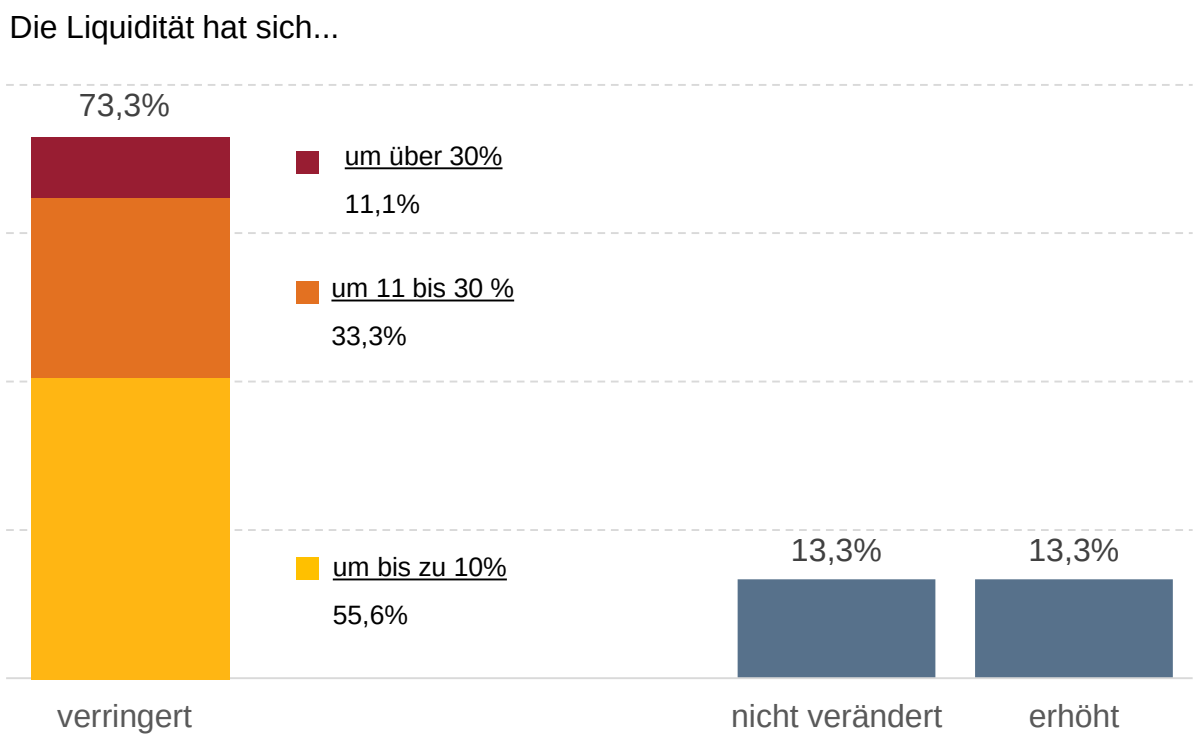
Welche Bereitschaft zeigen die Kostenträger hinsichtlich einer kurzfristigen und angemessenen Erhöhung der Vergütung?

In keinem Geschäftsfeld zeigen sich die Kostenträger bereit, die gestiegenen Kosten vollumfänglich zu kompensieren.



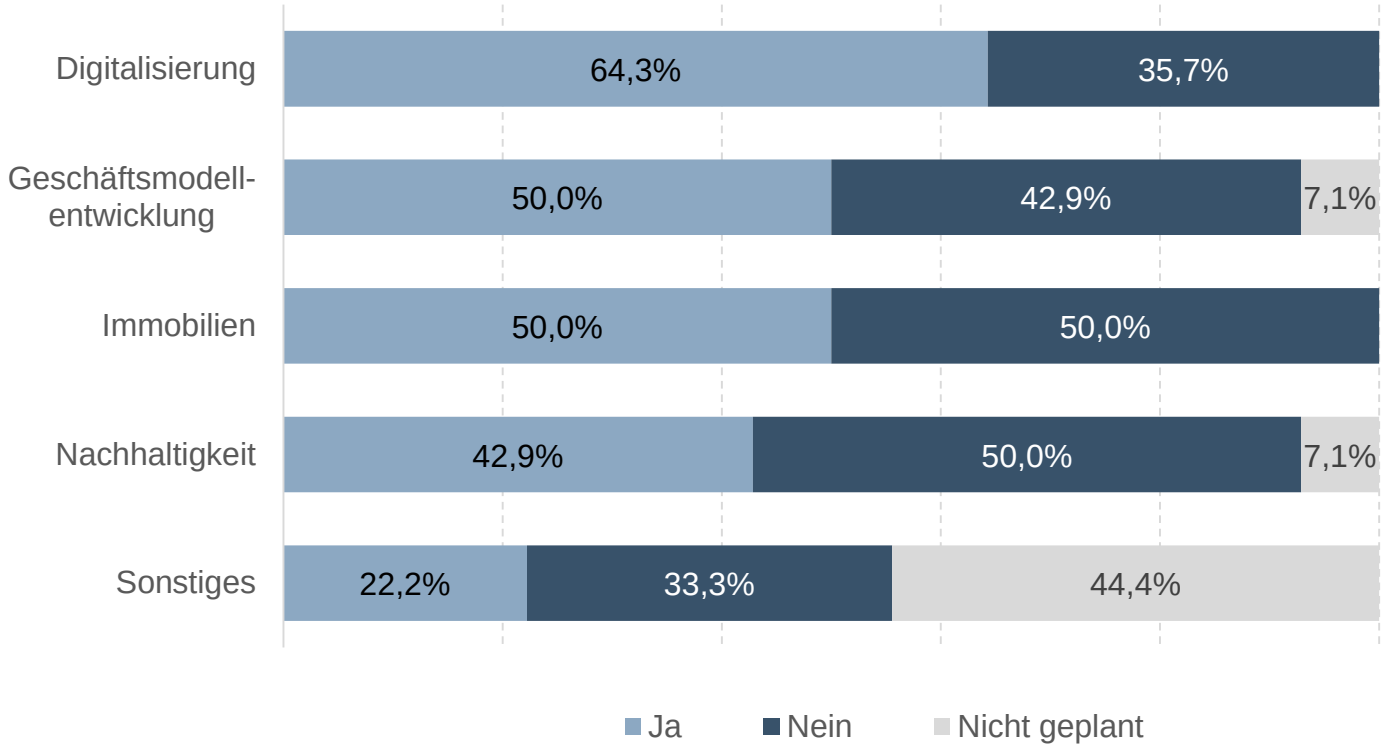
Welche Auswirkungen haben die steigenden Kosten für die Liquidität des Gesamtunternehmens?

Über 70 Prozent der Befragten geben eine Verschlechterung der Liquiditätssituation an. Davon berichtet 1/3 von Verschlechterungen um 11 bis 30 Prozent, 1/10 sogar von Reduktionen über 30 Prozent.



Können derzeit alle notwendigen Investitionsvorhaben umgesetzt werden?

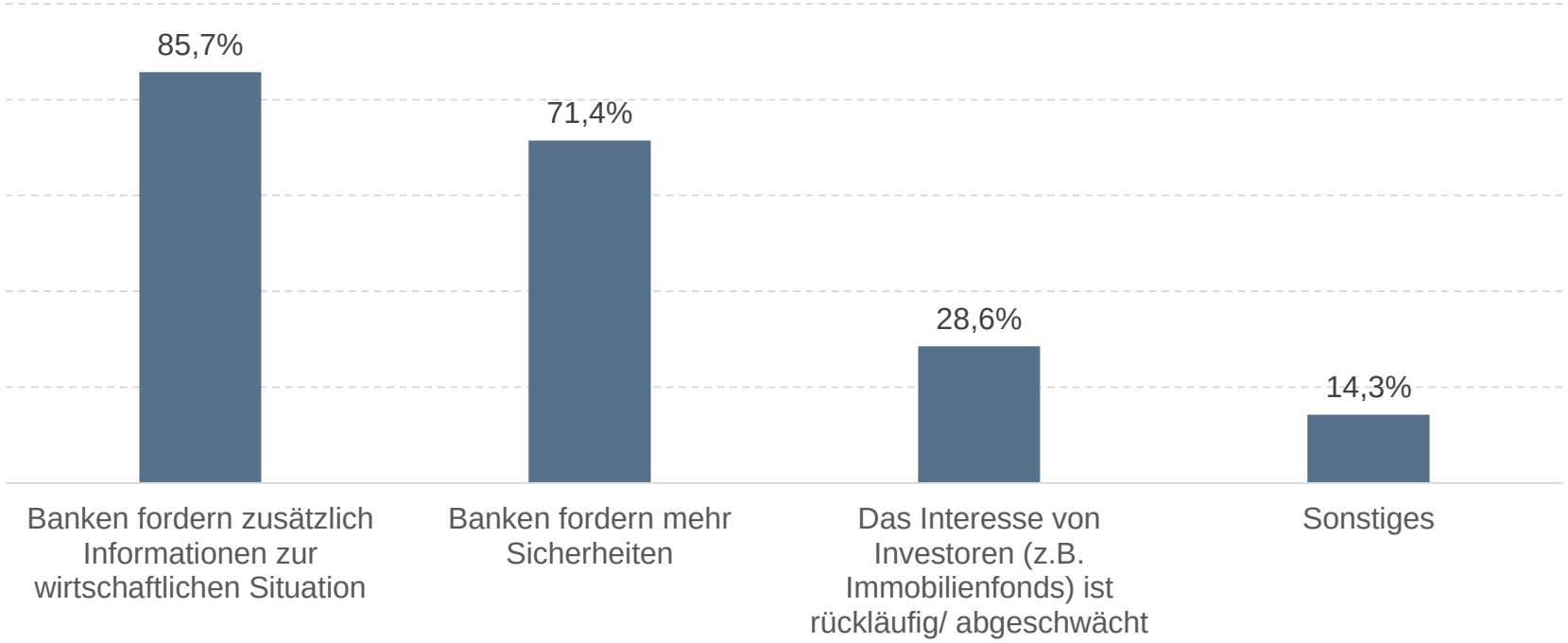
Zwischen 30 und 50 Prozent der Befragten berichten, dass aufgrund der angespannten wirtschaftliche Lage notwendige Investitionsvorhaben gestoppt werden mussten.



Wenn Nein: Folgen des Investitionsstaus:

Welche Änderungen werden im Verhalten der Mittelgeber festgestellt?

Circa 86 Prozent geben an, dass Banken mehr Informationen zur wirtschaftlichen Situation einfordern; gut 71 Prozent berichten, dass Banken mehr Sicherheiten verlangen. 30 Prozent sehen sich mit einem rückläufigen Interesse von Investoren konfrontiert.



Welche sonstigen Einflüsse haben die aktuellen Rahmenbedingungen auf Ihre Finanzierungs-strategie?

Bei den Befragten ist der Bedarf an Betriebsmittelfinanzierung gestiegen. Zudem wurde die Suche nach geeigneten Fonds, Genossenschaftsmodellen oder passenden Investoren intensiviert.

Intensive Suche nach alternativen Modellen (Fonds, Genossenschaftsmodell, alternative Investoren, ...) (Eingliederungshilfe)

Zu viele Herausforderungen auf einmal und damit keine ausreichende Einnahmeseite für notwendige Kredite und deren Ratenzahlung sowie gewaltiges Abschmelzen des Eigenkapitals (Vorsorge- und Rehabilitation)

Neue Investitionen in Großprojekte aktuell zurückgestellt (Krankenhaus)

Steigender Bedarf an Betriebsmittelfinanzierung (Stationäre Pflege)

Für aktuelle Investitionen ist die Finanzierung entweder mit Förder- oder Eigenmitteln sichergestellt. (Krankenhaus)

Im Kontext der Finanzierungsstrategie sind in diesem Geschäftsfeld keine hohen Risiken gegeben, da keine großen Investitionen durchzuführen sind. (ambulante Pflege)

Bitte nennen Sie Maßnahmen, die von der Politik beschlossen werden müssten, um in Zeiten der Inflation betriebswirtschaftlich handlungsfähig zu bleiben.

Die Befragten fordern einen zielgerechten Ausgleich der gegenwärtigen Mehrkosten.

Direktzahlungen zur Sicherung der Liquidität

Kurzfristige Anpassungen der Pflegesätze

Unternehmerische Freiheit in der Erzielung der Ergebnisqualität ohne Quoten und Schlüssel

vollständiger Ausgleich der momentanen Mehrkosten

Differenziertes Vergütungssatzsystem - Energiekosten als Sondertatbestand auf Nachweis abrechenbar, da die Entwicklung nicht prospektiv zu beurteilen ist.

Einführung eines Energiepreiszuschlags; Energiepreisgrenze; Refinanzierung der gestiegenen Energiekosten (Rettungsschirm)

= häufige Nennung

IHRE ANSPRECHPARTNER

Susanne Leciejewski

s.leciejewski@bfs-service.de

Markus Sobottke

m.sobottke@bfs-service.de

Lisa Scharf

l.scharf@bfs-service.de

Impressum

Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft
Konrad-Adenauer-Ufer 85
50668 Köln

Vorstand
Prof. Dr. Harald Schmitz (Vorsitzender)
Thomas Kahleis
Oliver Luckner

Aufsichtsratsvorsitzender
Dr. Matthias Berger

Kontakt

Telefon	0221 97356-0
Telefax	0221 97356-219
E-Mail	bfs@sozialbank.de

Registereintrag für den Sitz Köln
Handelsregister des Amtsgerichts Köln
Registernummer HRB 29259

Registereintrag für den Sitz Berlin
Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg
Registernummer HRB 64059

Umsatzsteuer-ID DE 136634199

Aufsichtsbehörde
Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Sitz Bonn
Graurheindorfer Straße 108
53117 Bonn

Einlagensicherung und Institutsschutz
Wir sind der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

www.bvr-institutssicherung.de

www.bvr.de/SE

Disclaimer
Die vorliegende Ausarbeitung enthält Angaben, Analysen, Prognosen und Konzepte, die den Kunden zur unverbindlichen Information dienen. Es handelt sich hierbei um keine juristische oder sonstige Beratung und stellt kein Angebot jedweder Art dar. Eine Gewähr für die Richtigkeit und inhaltliche Vollständigkeit der Angaben kann von uns nicht übernommen werden.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne schriftliche Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft AG unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Köln, November 2021